



Schlecker-Lohndumping durch Boykott bekämpfen

Pressemitteilung von Ulrich Maurer, 16. Dezember 2009

"Das skandalöse Lohndumping der Firma Schlecker durch Leiharbeit auf Basis einer Strohmännchen-Konstruktion muss sofort durch Intervention der Bundesregierung beendet werden. Ich rufe zugleich zum Boykott der neuen Schlecker-XL-Läden auf", erklärt Ulrich Maurer zur möglichen Schließung von rund 4.000 Schlecker-Filialen und Wiedereinstellung des überwiegend weiblichen Personals als Leiharbeiterinnen mit halbiertem Gehalt. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Die Praxis des Schlecker-Konzerns, sich aus der selbst verschuldeten Misere dramatischer Umsatzeinbrüche und eines verfehlten Geschäftsmodells durch Leiharbeit und Gehaltskürzungen zu retten, ist schamlos und letztlich illegal. Das in den Alt-Filialen entlassene Personal wird unter Androhung einer Versetzung in bis zu 100 km entfernte Geschäfte zu Leiharbeit ohne Tarifbindung gezwungen - bei einem Gehalt bis zu 50 Prozent unter Tarif, weniger Urlaub und ohne Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die neu eröffneten

Geschäfte befinden sich in direkter Nähe der Alt-Filialen, zum Teil direkt gegenüber. Weil die Beschäftigten von 6,50 Euro Brutto-Stundenlohn statt wie bisher 12,50 Euro nicht leben können, werden sie zu Hartz-IV-Aufstockerinnen.

Der Geschäftsführer der von Schlecker gegründeten Verleihfirma MENIAR, der weiter im Konzern beschäftigt ist, fungiert als Strohmännchen. MENIAR hat mit der ‚Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP)‘, der soeben vom Landesarbeitsgericht Berlin die Tariffähigkeit abgesprochen wurde, den Dumpinglohn ausgehandelt. Ich nenne das Tariffahrt und konzerninterne Arbeitnehmerüberlassung auf der Basis von Hungerlöhnen.

Die Regionalagentur der Bundesagentur für Arbeit in Chemnitz entscheidet heute über die Verlängerung der MENIAR-Betriebserlaubnis. Ich fordere Ursula von der Leyen als zuständige Bundesarbeitsministerin auf, im Rahmen ihrer Aufsichtspflicht dafür Sorge zu tragen, dass diese windige Konstruktion zur Umgehung von Tarifbindung und Kündigungsschutz auf Kosten des Steuersäckels umgehend gestoppt wird."